

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Hans-Josef Bracht (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

### Asylbewerberinnen und -bewerber im Rhein-Hunsrück-Kreis

Die **Kleine Anfrage 3064** vom 4. Februar 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber wurden im Jahr 2014 im Rhein-Hunsrück-Kreis aufgenommen?
2. Wie viele davon sind Männer, Frauen, Kinder und welche Altersstruktur haben sie?
3. Wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber werden im Jahr 2015 für den Rhein-Hunsrück-Kreis erwartet?
4. Aus welchen Herkunftsländern stammen die Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Rhein-Hunsrück-Kreis?
5. Wie sind die Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Rhein-Hunsrück-Kreis untergebracht und wie verteilen sie sich auf die Verbandsgemeinden?
6. Welche Möglichkeiten haben Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Rhein-Hunsrück-Kreis, Deutschkurse zu besuchen und Arbeitsgelegenheiten wahrzunehmen?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. März 2015 wie folgt beantwortet:

Zunächst weise ich darauf hin, dass der Landesregierung keine Informationen zu den jeweiligen Fragestellungen in der Kommune vorliegen. Es wurde daher der betroffene Landkreis um entsprechende Informationen gebeten. Die Rückmeldung hierzu ist nachfolgend dargestellt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Jahr 2014 wurden dem Rhein-Hunsrück-Kreis 330 neue Asylbewerberinnen und -bewerber zugewiesen.

Zu Frage 2:

Bei den im Jahr 2014 aufgenommen Asylbewerberinnen und -bewerber handelt es sich um 191 Männer, 64 Frauen und 75 Kinder unter 18 Jahren.

Zu Frage 3:

Die Aufnahmequote beträgt 2,5 % der dem Land zugewiesenen Asylbewerber und Flüchtlinge.

Die Schätzungen des Landes belaufen sich auf 15 000 Asylantragsteller für 2015. Dies würde rund 375 Personen im Jahr 2015 für den Landkreis Rhein-Hunsrück bedeuten.

Eine andere Zahl gibt es derzeit noch nicht, auch noch keine laufenden Schätzungen.

Zu Frage 4:

Die Herkunftsländer der im Jahr 2014 neu aufgenommenen Asylbewerberinnen und -bewerber stellen sich wie folgt dar:

Herkunftsländer	
Syrien	92
Serbien	49
Mazedonien	32
Somalia	31
Eritrea	28
Afghanistan	17
Bosnien und Herzegowina	12
Kosovo	11
Ägypten	11
Aserbajdschan	10
Russische Föderation	8
Georgien	8
staatenlos	5
Albanien	4
Zentralafrikanische Republik	4
Armenien	3
Iran	2
Irak	2
Nigeria	1

Zu Frage 5:

Die Asylbewerberinnen und -bewerber werden in Wohnhäusern, die vom Landkreis angemietet worden sind, untergebracht. Schwerpunktmäßig wurden diese Personen bisher im Bereich der Verbandsgemeinde Kirchberg – und hier in Büchenbeuren und der Stadt Kirchberg – untergebracht, da dort auf entsprechende Wohnraumangebote zurückgegriffen werden konnte.

Tabelle Stand 13. Januar 2015

	Anzahl Wohnung	Anzahl	Wohnung in OG	Plätze		Belegung	
				OG	Gesamt	OG	Gesamt
Boppard	0			0	0	0	0
Emmelshausen	2	2	Gondershausen	21	21	20	20
Kastellaun	5	1	Buch	8	38	7	16
		2	Mastershausen	12		4	
		2	Kastellaun	18		5	
Kirchberg	36	21	Büchenbeuren	124	218	118	203
		10	Stadt Kirchberg	60		56	
		2	Wahlenau	12		11	
		3	Dillendorf	22		18	
Rheinböllen	0	0		0	0	0	0
St. Goar-Oberwesel	3	3	St. Goar	16	16	16	16
Simmern	6	2	Reich	20	40	17	38
		2	Tiefenbach	8		7	
		2	Simmern	12		14	
Summe					333		293

Zu Frage 6:

Der Anspruch bzw. die Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs ist in § 44 bzw. § 44 a Aufenthaltsgesetz geregelt; das bedeutet, dass eine Person während des laufenden Asylverfahrens keinen entsprechenden Anspruch hat bzw. zum Besuch nicht verpflichtet ist. Verschiedene Wohlfahrtsverbände bieten jedoch z. B. in Büchenbeuren, Kirchberg, Simmern, Reich oder St. Goar die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen. Der Umfang des Unterrichtsangebots ist nicht bekannt.

Kinder oder Jugendliche, die eine schulische Ausbildung aufnehmen, haben keinen Anspruch auf den Besuch eines Integrationskurses. In der Paul-Schneider-Realschule plus und der Fachoberschule Sohren-Büchenbeuren gibt es einen Sprachvorkurs, der im Dezember 2014 von 42 Kindern und Jugendlichen aus 17 Ländern mit 14 verschiedenen Muttersprachen – über den ganzen Rhein-Hunsrück-Kreis verteilt wohnhaft - besucht wurde.

Die Frage der Aufnahme einer Beschäftigung regelt § 32 der Beschäftigungsverordnung. Danach kann Asylbewerberinnen und -bewerbern eine Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung erteilt werden, wenn sie sich seit drei Monaten mit einer Aufenthaltsgestattung im Bundesgebiet aufhalten.

Die Zustimmung ist über die Ausländerbehörde bei der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung einzuholen. Keiner Zustimmung bedarf z. B. die Erteilung einer Erlaubnis zur Ausübung einer Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf oder für bestimmte Tätigkeiten.

Bei einem ununterbrochenen Aufenthalt von 15 Monaten im Bundesgebiet oder bei Aufnahme einer Beschäftigung in sogenannten Mangelberufen, der Beschäftigung als Facharbeiter oder bei praktischen Tätigkeiten (wenn diese die Voraussetzung für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen sind), erteilt die Bundesagentur für Arbeit die Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung ohne Vorrangprüfung (es werden nur noch die Arbeitsbedingungen geprüft, nicht aber ob es bevorrechtigte Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt gibt).

Irene Alt  
Staatsministerin

